



Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

nein, ruhig und beschaulich war die zurückliegende Sommerpause wahrlich nicht. Die Griechenlandkrise, der anhaltende Flüchtlingsstrom und viele andere politische Themen haben uns auf Trapp gehalten. Dennoch habe ich den Urlaub in Italien und die gemeinsamen Stunden mit meiner Familie sehr genossen und konnte Kraft für den Jahresendspurt sammeln. Ganz besonders hat mich auch der überragende Saisonstart unseres BVB gefreut. Das lässt auf eine erfolgreiche Spielzeit hoffen, die ich mit meinen Bundestags-Borussen intensiv begleiten werde.

Die letzten Wochen in Berlin standen ganz und gar im Zeichen der internationalen Konflikte und den damit einhergehenden Flüchtlingen. Es verging kaum ein Tag ohne eine neue Wendung. Besonders beeindruckt haben mich die Bilder der lebendigen Willkommenskultur vom Dortmunder Hauptbahnhof, die durch ganz Deutschland, aber auch darüber hinaus, gingen. Unzählige Menschen begrüßten ankommende Flüchtlinge herzlich und jubelten ihnen zu. Das stand und steht stellvertretend für die vielen Menschen in unserem Land, die helfen, integrieren und willkommen heißen wollen. Dortmund und andere Städte zeigen, dass wir gerade dieser Tage keinen Platz für Nazis und anderes rassistisches „Pack“ haben, wie es Sigmar Gabriel deutlich, aber treffend auf den Punkt gebracht hat.

Politische Maßnahmen für Flüchtlinge auf den Weg gebracht

Ich denke, ich muss niemandem erklären, wie sehr uns das Thema Flüchtlinge hier in Berlin beschäftigt. Es ist wirklich schwierig einen Überblick zu behalten zwischen ständig neuen Informationen und anhaltendem Populismus von verschiedenen Seiten.

Gestern Abend haben sich Bund und Ländern nun endlich auf ein umfassendes Flüchtlingspaket geeinigt. Hier die wichtigsten Punkte: Für Länder und Kommunen sollen im kommenden Jahr über vier Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Kern ist eine neu eingeführte Pauschale von 670 Euro, die der Bund pro Monat und pro Flüchtling den Ländern zahlt. Hinzu kommen weitere Unterstützungen für minderjährige Flüchtlinge, für Wohnungsbau oder winterfeste Plätze.

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

Albanien, Montenegro und das Kosovo sollen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden und Asylbewerber aus solchen Ländern bis zum Ende des Verfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. Ferner sollen Asylbewerber nun statt Bargeld Sachleistungen bekommen, so lange sie in der Erstaufnahme sind. Geld soll höchstens noch einen Monat im Voraus ausbezahlt werden. Mit diesen beiden Punkten sind wir nicht glücklich, konnten aber die schärfen Forderungen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière abwehren.

Bei der Gesundheitskarte hat sich die SPD durchgesetzt. Die Karte soll Arztbesuche und deren Abrechnung erleichtern. Bei der Unterbringung von Asylbewerbern soll nun vorübergehend von Bau- und Energiesparvorschriften abgewichen werden können. Asylbewerber mit guten Bleibechancen sollen Integrations- und unter Umständen auch berufsbezogene Sprachkurse besuchen können. Das Leiharbeitsverbot wird gelockert. Die nötigen Gesetze sollen nun im Eiltempo verabschiedet werden und möglichst noch am 1. November in Kraft treten.

Die SPD hatte mit dem am Montag vorgestellten „10-Punkte-Papier“ auf diese wichtigen und guten Ergebnisse hingewirkt. Unter http://www.spd.de/aktuelles/130530/20150921_spd_plan_fluechtlings-politik.html könnt ihr das Papier einsehen. Unsere Forderungen gehen allerdings über das Beschlossene hinaus.

Auf europäischer Ebene war die Vereinbarung einer fairen Verteilung von 120.000 Flüchtlingen über alle EU-Staaten ein erster Schritt. Es betrifft Asylbewerber, die in Italien, Griechenland und Ungarn angekommen sind. Außerdem werden zusätzlich eine Milliarde Euro zur Deckung des dringenden Bedarfs der Flüchtlinge im Libanon, Jordanien, der Türkei und anderen Ländern zur Verfügung gestellt.

Ganz grundsätzlich müssen wir uns aber endlich noch mehr den Ursachen von Flucht und Vertreibung widmen – im Falle von Syrien heißt das, dass wir den Bürgerkrieg beenden müssen. Dies wird nur durch erhebliche diplomatische Anstrengungen gelingen. Europa muss daher gemeinsam mit den USA und Russland auch Gespräche mit Assad aufnehmen. Doch wir wissen natürlich auch, dass ein Kriegsverbrecher wie Assad nicht der Garant für Frieden sein kann, wie unser Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann richtig angemerkt hat.

Haushaltswoche

Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause ist traditionell für den Bundeshaushalt reserviert. So haben wir auch dieses Jahr intensiv über die Ausgaben der einzelnen Ministerien und Fachbereiche debattiert. Der Haushaltsentwurf der großen Koalition bleibt erneut schuldenfrei. Da wir allerdings auf Steuermehreinnahmen zurückgreifen können, haben wir Spielraum für Zukunftsinvestitionen: Ein erster Teil des sogenannten Investitionspaketes von zehn Mrd. Euro wird 2016 umgesetzt. Außerdem stärken wir vor allem Ausgaben in die öffentliche Infrastruktur, Energieeffizienz, Bildung und Kinderbetreuung. Auch wenn die oft beschworene „schwarze 0“

an sich positiv zu bewerten ist, darf sie nicht zum Selbstzweck werden. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble räumt der Bewältigung der Flüchtlingskrise zwar oberste Priorität ein, lässt aber bisher nur bedingt haushaltspolitische Taten folgen. Aber durch das Flüchtlingspaket wird sich das nun ändern. Zumal auch Ergebnisse bei den Regionalisierungsmitteln und bei der Verteilung der freiwerdenden Mittel aus dem gescheiterten Betreuungsgeld erreicht wurden. Es freut mich natürlich, dass das Geld nun in mehr und bessere Kitaplätze investiert werden kann! Bei den Regionalisierungsmitteln handelt es sich um Zuschüsse des Bundes an die Länder für den regionalen Schienenverkehr. Ab 2016 werden diese um 700 Millionen Euro aufgestockt. In den Folgejahren wird die Summe erneut um jeweils 1,8 Prozent erhöht. Damit haben die Länder deutlich mehr Geld zugesprochen bekommen als bisher vorgesehen und sie haben endlich Planungssicherheit.

Pflege weiter modernisieren

Wie will ich im Alter gepflegt werden? Diese Frage muss sich fast jeder im Laufe seines Lebens einmal ernsthaft stellen. Doch die wenigsten bereiten sich tatsächlich auf ihr eigenes Pflegerisiko vor, wie aus einer Studie der AOK hervorgeht. Wir als Politiker müssen die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen, damit jeder diese Frage für sich zufriedenstellend beantworten und sich für den „Fall der Fälle“ vorbereiten kann. Mit dem zweiten Teil der groß angelegten Pflegereform soll dafür eine weitere wichtige Weiche gestellt werden. Heute haben wir den Gesetzentwurf in erster Lesung debattiert. Wir wollen in diesem Rahmen den Pflegebegriff reformieren und vor allem Demenzzranke stärker einbeziehen. Künftig soll es fünf Pflegegrade anstatt drei Pflegestufen geben, um noch gezielter auf die Pflegebedürftigkeit Betroffener einzugehen. Durch den Pflegegrad 1 werden beispielsweise 500.000 Versicherte Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten, die bisher keine Unterstützung bekommen haben. Auch für pflegende Angehörige wollen wir Verbesserungen einführen: Für sie sollen künftig höhere Rentenbeiträge gezahlt werden. Darüber hinaus ist eine umfassende Absicherung in der Arbeitslosenversicherung für alle vorgesehen, die zur Pflege von Angehörigen den Job ganz aufgeben oder vorübergehend aussetzen. Die Pflegekassen werden zudem verpflichtet, spezielle Schulungen und Kurse für pflegende Angehörige anzubieten. Wirksam sollen die geplanten Änderungen ab 2017 werden.

Krise bei Volkswagen

Die Enthüllungen über Manipulationen von Abgaswerten bei Volkswagen haben mich schockiert. Es ist ungeheuerlich, dass ein großes deutsches Unternehmen mit erheblichem Aufwand Umweltgesetze unterlaufen hat. Und leider trifft dieser Skandal nicht nur den VW-Konzern, auch das Siegel „Made in Germany“ hat darunter zu leiden und damit der gesamte Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir können derzeit noch nicht ausschließen, dass Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Um weiteren Schaden möglichst abzuwenden, gilt es jedenfalls nun, den gesamten Vorgang unverzüglich und

gründlich aufzuklären. Dabei muss auch der Frage, ob andere Konzerne genauso verfahren haben, nachgegangen werden.

Verbesserungen bei der Krankenhausreform

Mit dem Krankenhausstrukturgesetz wollen wir die Situation des Pflegepersonals und der Patienten in den Krankenhäusern verbessern. Nachdem der Gesetzentwurf im Juli in erster Lesung im Plenum debattiert wurde, laufen aktuell die parlamentarischen Beratungen. Ich habe mich in der vergangenen Woche mit dem Vorsitzenden des Klinikums Dortmund, Rudolf Mintrop, getroffen, um mir seine Sichtweise anzuhören. Die Sorgen und Nöte, die bzgl. der anstehenden Reform geäußert wurden, nehmen wir sehr ernst und dementsprechend setzen wir uns bei den laufenden Verhandlungen dafür ein, den Gesetzentwurf an entscheidenden Stellen zu verbessern. Und wir sind auf einem guten Weg: Mit einem Pflegezuschlag in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr möchten wir die Patientenbetreuung entscheidend voranbringen. Wichtig ist mir, dass das Geld nicht im Gießkannenprinzip verteilt wird, sondern individuell und bedarfsgerecht. Krankenhäuser mit viel Pflegepersonal bekommen mehr Geld, Personalabbau werden wir hingegen nicht fördern. Diesen Vorschlag müssen wir noch abschließend mit der Union abstimmen. Unsere Verhandlungsgruppe unter Leitung von Karl Lauterbach wird sich weiter insbesondere im Bereich der Notfallversorgungen um Verbesserungen bemühen.

Jetzt bin ich schon fast auf dem Weg zur 100-Jahr-Feier der Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Frauenverbände in unserem schönen Rathaus. Ich freue mich ganz besonders, dass die Arbeitsgemeinschaft bereits seit einem Jahrhundert fester Bestandteil von Dortmund ist und ich zu diesem Jubiläum gratulieren darf.

Montag geht's dann gleich mit der nächsten vollgepackten Sitzungswoche weiter. Mein persönliches Highlight wird der SPD-Wirtschaftsempfang sein, bei dem ich das Hauptpanel moderiere. Mit rund 800 Unternehmen, Wissenschaftlern und Gewerkschaftlern sprechen wir über mein aktuelles Projektthema „NeueErfolge – Vorsprung durch Innovation“. Drückt mir die Daumen, dass alles gut läuft.

Bis bald, eure

Sabine